

Berlin aktuell - Eckhard Pols

Ihr Bundestagsabgeordneter für Lüchow-Dannenberg / Lüneburg

17. Dezember 2019



Eckhard Pols, MdB

Die Woche in Berlin

Neues Jahr - neues Design. Nach der überarbeiteten Homepage freue ich mich, Ihnen die Themen dieser 1. Sitzungswoche im Jahr 2020 ebenfalls im neuen Gewand präsentieren zu können. Ich hoffe, dass Sie alle erholt und wohlbehalten ins neue Jahr gestartet sind und freue mich auf ein politisch erfolgreiches und hoffentlich friedliches Jahr 2020.

Diese Woche wurde innenpolitisch ganz klar durch die Entscheidung zur Organspende geprägt, der außenpolitische Fokus lag auf dem USA-Iran-Konflikt und der sich verschlechternden Lage in Libyen.

Ihr

Organspende

Wir haben uns in dieser Woche einem schwierigen Thema gestellt. Zwar erklären sich grundsätzlich viele Menschen in Deutschland zur Organspende nach dem Tod bereit, jedoch gibt es seit Jahren eine lange Warteliste von Personen, die auf ein Spenderorgan warten. Wir wollen daher die Zahl der Organspenden erhöhen. Die beiden vorgelegten Gruppenanträge wollten dieses Ziel auf unterschiedlichen Wegen erreichen und fanden jeweils in allen Fraktionen Befürworter und Gegner. Favorisiert habe ich persönlich die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vorgeschlagene Widerspruchslösung. Diese sah vor, dass grundsätzlich jeder als potenzieller Organspender gilt, soweit er oder seine Angehörigen nicht widerspricht. Leider hat sich hierfür keine Mehrheit gefunden, so dass wir im Prinzip bei der bisher geltenden Entscheidungslösung bleiben. Diese wird zukünftig flankiert durch regelmäßige Informationen vom Hausarzt und der jeweiligen Ausweisstelle. Angesichts der ethischen Dimension dieser Frage war es gut und richtig, dass bei dieser Debatte jeder Abgeordnete unabhängig von Fraktionsvorgaben seine Entscheidung getroffen hat.

In dieser Ausgabe

Seite 2

Außenpolitische Lage | Mobilitätsforschung

Seite 3

Daten und Fakten | Agrarpolitik

Seite 4

Auszug aus dem Terminkalender | Fahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren
Lüchow und Prezelle



Außenpolitische Lage

Die letzten Wochen und Tage im Nahen und Mittleren Osten haben uns alle den Atem anhalten lassen. Wir denken an die unschuldigen Opfer des Flugzeugabschlusses in der Nähe von Teheran. Die anfänglichen Versuche, dies zu vertuschen, haben die Glaubwürdigkeit der iranischen Führung nach innen und nach außen auf das Schwerste beschädigt. Jetzt gilt es, mit diplomatischen Mitteln die Irankrise so zu entschärfen, dass wieder mehr Ruhe in die Region einkehren kann. Dies ist ein mühsamer Weg. Alles, was zu weiteren Auseinandersetzungen führen kann, muss jetzt vermieden werden. Provokationen wie die Festnahme des britischen Botschafters führen zu weiteren Spannungen mit dem Iran. Dennoch bemüht sich Europa weiter, durch die Rettung des

Nuklearabkommens für Entspannung zu sorgen. Dies kann aber nur gelingen, wenn der Iran seinen Verpflichtungen nachkommt. US-Präsident Trump verfolgt bisher eine weitestgehend defensive Strategie und ermöglicht dem Iran unter eigener Gesichtswahrung friedenswährend zu handeln. Ganz in der Nähe Europas, in Libyen, hat sich die Lage in den letzten Wochen weiter zugespitzt. Als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrem Versuch, im Rahmen des Berliner Prozesses für Frieden zu sorgen. Wir rufen alle Staaten, die an diesem Konflikt direkt oder indirekt beteiligt sind, auf, mit dafür zu sorgen, dass der Bürgerkrieg beendet werden und in Libyen Frieden einkehren kann.

Mobilitätsforschung

Nachhaltige Mobilitätsforschung für die Zukunft – innovativ, technologieoffen, ressortübergreifend. Die Welt im 21. Jahrhundert wird nicht nur durch einen weiter wachsenden Mobilitätsbedarf gekennzeichnet, sondern vor allem durch eine zunehmende Vielfalt an Mobilitätsformen. Wir haben als Fraktion die Bundesregierung daher aufgefordert, eine Gesamtstrategie zur Mobilitätsforschung zu erarbeiten. Dadurch sollen die in den einzelnen Ressorts vorhandenen Maßnahmen der Mobilitätsforschung gebündelt und koordiniert fortentwickelt werden. Bestehende Mobilitätsformen (von Mikromobilität, über Sharing-Modelle bis zu ÖPNV-Angebote) sollen mittels moderner Technologien wie beispielsweise der künstlichen Intelligenz effizient verbunden und weiterentwickelt werden. Entscheidend ist dabei nicht eine einzige Antriebsform oder eine Kraftstoffart, sondern ein breiter und tech-

nologieoffener Ansatz, bei dem ein hoher Nutzen für Mensch und Umwelt im Mittelpunkt steht. Technische Innovationen und veränderte Bedürfnisse der Menschen sind der Motor neuer Formen der Fortbewegung. Dieses neue Zeitalter der Mobilität wollen wir als Unionsfraktion aktiv fördern und gestalten.



Quelle: <https://www.bmvi.de/DE/Ministerium/Forschung>

Daten und Fakten

Der **Anstieg der Erwerbstätigkeit** setzt sich fort. Im Jahresdurchschnitt 2019 waren rund 45,3 Millionen Personen in Deutschland erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2019 um 402 000 Personen oder um 0,9 % höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort. Allerdings ist die Dynamik leicht abgeschwächt, im Jahr 2018 hatte die Zuwachsrate noch 1,4 % betragen. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überwogen die Effekte des demografischen Wandels. Somit wurde im Jahr 2019 die höchste Erwerbstätigenzahl seit der Wiedervereinigung erreicht. Der stärkste Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen ist im Dienstleistungssektor zu finden. Die Zahl der Selbstständigen sank dagegen um 1,7 %. *(Quelle: Destatis)*

Vor 30 Jahren: **Sturm auf die Stasi-Zentrale.** Am 15. Januar 1990 nahmen Demonstranten das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße, in Besitz. Schon Anfang Dezember 1989 waren etwa mit der „Runden Ecke“ in Leipzig Objekte der Staatssicherheit besetzt worden. Mit der Erstürmung und Besetzung des Gebäudekomplexes in der Normannenstraße wollten die Demonstranten die weitere Vernichtung der Stasi-Akten durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR dauerhaft unterbinden. Die gesicherten Akten wurden die Grundlage für die Tätigkeit der Behörde des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen. Sie nahm mit dem ersten Beauftragten, dem ehemaligen Rostocker Pfarrer und späteren Bundespräsidenten Joachim Gauck am 4. Oktober 1990 ihre Tätigkeit auf. *(Quelle: Stasi-Museum)*

Agrarpolitik

Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2019. Der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung dokumentiert die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in den vergangenen vier Wirtschaftsjahren. Demnach erwirtschafteten 4,7 Millionen Menschen eine Bruttowertschöpfung von rund 194 Milliarden Euro, das entspricht rund 6,6 Prozent der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Etwa je-

der neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt direkt oder indirekt mit der Land- und Ernährungswirtschaft zusammen. Der Bericht weist auf aktuelle Herausforderungen in der Landwirtschaft wie den Strukturwandel und Schwankungen in Marktpreisen und Erzeugungsmengen hin. Zudem werden agrarpolitische Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung aufgeführt.



Rund 275.000

landwirtschaftliche Betriebe erzeugten 2016 hierzulande unsere landwirtschaftlichen Produkte.



Etwa 940.000

Menschen arbeiteten 2016 haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft.



Durchschnittlich 60,5 Hektar

betrug 2016 die landwirtschaftliche Fläche je Betrieb.

Auszug aus dem Terminkalender

Montag, 20. Januar

Sitzung CDU-KV Lüchow-Dannenberg,
Lüchow

Dienstag, 21. Januar

Erfahrungsaustausch mit Vertriebenen-
verbänden, Berlin

Treffen Netzwerk NordOstNiedersachsen,
Grüne Woche, Berlin

Mittwoch, 22. Januar

Neujahrsempfang der Wirtschaftsjunioren,
Lüneburg

Niedersachsenabend Grüne Woche, Berlin

Donnerstag, 23. Januar

Vorstellung des Projektes „Sportpark Rad-
bruch“, Radbruch

Samstag, 25. Januar

Klausurtagung der CDU-Niedersachsen mit
dem Vorsitzenden der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus



Bild: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Fahrzeuge für die Freiwilligen Feuerwehren Lüchow und Prezelle

Gute Nachrichten für die Freiwilligen Feuerwehren in Lüchow und Prezelle – sie erhalten vom Bund finanzierte neue Löschgruppenfahrzeuge. Mit der Unterstützung des Katastrophenschutzes der Länder mit Fahrzeugen, Ausstattung und Gerät in den Aufgabenbereichen Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung erfüllt der Bund seine gesetzliche Aufgabe nach dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz. Der Bund ergänzt danach die vom Land und den kommunalen Ebenen bereitgestellten Fahrzeuge um solche, die im Verteidigungsfall zusätzlich notwendig sind. Art und Umfang wurden in einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten Ausstattungskonzept bereits 2007 festgelegt. Das Land Niedersachsen verteilt die überlassenen Fahrzeuge dann auf die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden in eigener Zuständigkeit.

Zuständig seitens des Bundes sind das Innenministerium sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Viele Gespräche mit den zuständigen Kreisbrandmeistern und den Feuerwehren vor Ort haben mir schnell verdeutlicht, wie notwendig die zusätzlichen Fahrzeuge sind. Ich habe mich daher sehr gefreut, als ich diese Woche die Mitteilung bekam, dass die Freiwillige Feuerwehr Lüchow und die Freiwillige Feuerwehr Prezelle jeweils ein neues Fahrzeug erhalten. Abgeholt und überführt werden die Fahrzeuge im Auftrag des Landes am 30. Januar 2020.